

\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*

**ÜBERSICHTEN**

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

**AUSSENPOLITIK**

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

**Bundesrepublik Deutschland**

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

\*(1)  
**Hamburg soll Standort für chinesisches Westeuropa-Zentrum werden**  
Die Volksrepublik China wird in Hamburg ein Handelszentrum für Westeuropa errichten. Dies hat nach Angaben der chinesischen staatlichen Pressestelle der stellvertretende Minister für Außenwirtschaft und Außenhandel, Jia Shi, in einem Schreiben an Hamburgs Bürgermeister von Dohnanyi mitgeteilt. Den Brief hatten zwei hohe Beamte des Ministeriums dem Bürgermeister überreicht, als sie mit ihm zu Gesprächen über die weitere Vertiefung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Hansestadt und der Volksrepublik zusammengetroffen waren. Zum Generaldirektor des Handelszentrums, das den Namen China United Trading Corporation Ltd. tragen wird, ist Li Shude aus dem Ministerium für Außenwirtschaft und Außenhandel ernannt worden. Aufgabe des Zentrums ist die Förderung der Außenwirtschaftsbeziehungen mit dem gesamten westeuropäischen Raum durch die gleichgewichtige Entwicklung der Im- und Exporte, die Förderung der industriellen Kooperation, des Technologieaustausches sowie der Erkundung neuer Möglichkeiten in der Finanzierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen. Die neu einzurichtende Außenhandelszentrale soll volle Außenhandelskompetenz besitzen und darüber hinaus eine aktive Partnervermittlung zum Zwecke der Intensivierung der industriellen Kooperation betreiben.

In der neuen Organisation sollen die wichtigsten chinesischen Außenhandelsgesellschaften vertreten sein. Darüber hinaus ist eine regionale Unterteilung der Außenhandelszentrale zumindest für die

wichtigsten Provinzen Chinas vorgesehen. Einige der bereits jetzt in Europa bestehenden Vertretungen chinesischer Außenhandelsgesellschaften sollen in die neue Zentrale eingebracht werden.

Inzwischen sind Gespräche über die Errichtung des Handelszentrums aufgenommen worden. Der Hamburger Wirtschaftssenator Volker Lange wertete die Entscheidung für Hamburg, das im Wettbewerb mit einigen anderen Großstädten gelegen hatte, als "großen Erfolg" für die Hansestadt. Die Hamburger Außen- und Hafengewirtschaft pflegt seit langem enge Beziehungen zu China. Dies dürfte ein wesentlicher Grund für die Standortentscheidung gewesen sein. In Hamburg sind etwa 100 Firmen aktiv im China-Geschäft tätig; über 200 Schiffe unter chinesischer Flagge liefen 1983 den Hamburger Hafen an. (NFA, 11.7. und 31.7.84; FAZ, 31.7.84) -lou-

**Afrika und Nahost**

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

\*(2)  
**Zwei chinesische Schiffe im Roten Meer beschädigt**

Am 31. Juli und 3. August 1984 wurden die beiden chinesischen Schiffe Hui Yang und Tang He durch Treibminen im Roten Meer beschädigt. Hui Yang erhielt Hilfe von einem anderen gerade vorbeikommenden chinesischen Schiff. (XNA, 9.8.84) Insgesamt waren in diesem Seebereich 14 Schiffe zerstört oder beschädigt worden. Ein chinesischer Sprecher zeigte sich besorgt über die Anschläge, da das Rote Meer ein wichtiger internationaler Verkehrsweg sei (XNA, 13.8.84).

China wurde durch diese Vorfälle mitten in Auseinandersetzungen zwischen Drittweltländern hineingerissen. -we-

\*(3)  
**Pilger nach Mekka**

1983 durften 313 Muslime aus Xinjiang auf eigene Kosten nach Mekka wallfahrten. Dies war das bisher höchste Jahreskontingent in der Geschichte Xinjiangs - wie die lokale Kommission für Angelegenheiten der Nationalitäten stolz verkündete. Vor 1949 konnten angeblich nur jeweils 20 oder 30 reiche Muslime, Gutsbesitzer oder Großkaufleute, die lange und teure Reise unternehmen. Für 1984 hätten sogar 1000 Muslime eine Pilgerreise beantragt.

Die Zunahme der Pilgerzahl ist z.T. den besseren Verkehrsverhält-

nissen von Kashgar nach Karachi/Pakistan zuzuschreiben. Früher mußten die Pilger über Beijing nach Karachi reisen; durch die neue Route wurden die Reisekosten halbiert.

Während der Kulturrevolution waren Pilgerfahrten nicht erlaubt. Die ersten Pilgerfahrten setzten erst 1979 wieder ein (BRu 1984 Nr.16, S.9 f.).

Allein in Xinjiang gibt es z.Z. rd. 7 Mio. Muslims. -we-

**Außenpolitik allgemein**

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

\*(4)  
**Erfolgreiche Teilnahme an der Olympiade in Los Angeles**

Die VR China nahm an den XXIII. Olympischen Spielen in Los Angeles (28.7.-20.8.) mit einer Mannschaft von 283 Athleten (225 vom Festland und 58 aus Taiwan) und rd. 100 Funktionären teil, und zwar in den Disziplinen Basketball, Volleyball, Leichtathletik, Turnen (einschließlich Kunstturnen), Schwimmen (einschließlich des Kunstspringens und Wasserballs), Gewichtheben, Schießen, Bogenschießen, Fechten, Ringkampf, Judo, Fahrradrennen, Rudern, Kanufahren, Segeln und Handball. (Alles in allem beteiligte sich China also an 16 der insgesamt 20 olympischen Sportarten. Die übrigen Disziplinen waren solche, für die China entweder die Qualifikation nicht erreichte (z.B. Fußball) oder die in China nicht (Boxen) oder kaum (Reiten) betrieben werden.) Die Delegation stand unter Leitung des Vorsitzenden der Staatlichen Kommission für Körperkultur und Sport, Li Menghua. (Mit 283 Athleten stellte China hinter den USA (597), Italien (426), Kanada (415), Deutschland (408), Großbritannien, Frankreich, Australien und Japan die neuntstärkste Mannschaft.)

Nachdem die Teilnahme an den Winterspielen im Februar 1984 in Sarajewo, an denen China sich mit 14 Sportlern beteiligt hatte, ohne Medaillen ausgegangen war, fielen die Ergebnisse diesmal umso überraschender aus, insofern nämlich die Mannschaft insgesamt 15 Gold-, 18 Silber- und 9 Bronzemedailien erringen konnte. (Nach Siegen gerechnet, schnitt die VR China hinter den USA, Rumänien und der Bundesrepublik Deutschland als viertbeste Nation ab.) Am erfolgreichsten waren die Chinesen beim Turnen (5 Siege), beim Gewichtheben (4) und beim Schießen (3). Daneben gab es erste Plätze beim Turmspringen der Frauen, beim

Volleyball der Frauen und beim Fechten. Obwohl China seit 1922 dem IOK angehört, und an den Olympischen Spielen von 1932 in Los Angeles (2-Mann-Delegation), 1936 in Berlin (101 Sportler) und 1948 in Großbritannien (25 Sportler) teilgenommen hatte, war ihm bisher noch keine einzige Medaille zugefallen, von einem Sieg ganz zu schweigen. Nach Helsinki hatte die VR China im Jahre 1952 eine Delegation geschickt, die aber nicht rechtzeitig ankam. Danach verließ die VR China das Olympische Komitee, so daß hier Taiwan in eine Lücke einspringen konnte. Erst 1979 wurde der Status Chinas im IOK wieder hergestellt. Freilich hatte China, ebenso wie andere Staaten, aus Protest gegen den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan nicht an den Olympischen Spielen in Moskau (1980) teilgenommen.

Die chinesische Öffentlichkeit nahm an den Erfolgen ihrer Sportler regen Anteil. Selbst die amtliche RMRB widmete den Ereignissen von Los Angeles z.T. 2-3 Seiten starke Berichte. Stolz verkündeten die Kommunikationsmittel, daß die Chinesen, die einst als "kranke Männer Asiens" oder als "Leute mit eingebundenen Füßen und Zöpfen" verspottet wurden, sich aus ihrer Erniedrigung erhoben hätten und von jetzt an auch sportlich ernst genommen werden müßten. Die chinesische Delegation habe den Geist der nationalen Tischtennismannschaft fortgesetzt und ihr Unterlegenheitsgefühl abgelegt.

Neben den Erfolgen, die z.T. in weniger wichtigen Disziplinen erzielt wurden (Schießen, Gewichtheben, Fechten) fielen einige erhebliche Schwächen auf, vor allem beim Schwimmen und in der Leichtathletik, die beide allein schon ein Drittel aller Disziplinen ausmachen sowie beim Radfahren - letzteres umso erstaunlicher, weil es nirgends in der Welt so viele Radfahrer und Fahrräder gibt wie in China. Auch die Fußballmannschaft, auf die China im allgemeinen stolz ist, konnte diesmal die Qualifikation für die Spiele nicht schaffen. Hier sei man, wie es offiziell heißt, vor allem als Lernender aufgetreten. Zahlreiche Spitzensportler, darunter der Hochspringer und Weltrekordhalter Zhu Jianhua, seien den nervlichen Belastungen des Wettkampfs nicht gewachsen gewesen - hier bestehe also noch ein mächtiger Nachholbedarf. Bei den Berichten über die Bewertungen im Turnen ließen die Kommentatoren erkennen, daß sie die Benachteiligung der Chinesen gegenüber den Amerikanern durch das Kampfgericht für unfair hielten; man "schluckte" die Ungerechtigkeit jedoch hinunter.

China schloß sich jedoch nicht den Kritiken der nordkoreanischen und der vietnamesischen Presse an, die von "Geldmacherei", "angstgeladener Atmosphäre" und von US-amerikanischem Chauvinismus und Kommerzialisierung gesprochen hatten (vgl. SWB, 14.8.84).

Die offiziellen Kommunikationsmittel sprachen sich mißbilligend über den Beschluß der Sowjetunion aus, sich an den Olympischen Spielen nicht zu beteiligen. Auch erregte sich die Presse über unfaire Vergleiche in sowjetischen Kommunikationsmitteln. TASS hatte u.a. festgestellt, daß die Chinesen in den meisten Disziplinen wohl kaum zum Sieg gekommen wären, hätte sich nur die Sowjetunion beteiligt. Der erste Goldmedaillengewinner der Spiele in Los Angeles, der Schütze Xu Haifeng hätte beispielsweise mit seiner Leistung bei den Spielen in Moskau allenfalls Bronze gewonnen. Einer der Gewichtheber sei bei seinem Sieg um 10 kg unter der Bestleistung der Spiele von Moskau geblieben; im übrigen hätte die Sowjetunion ja teilnehmen und die Leistungsfähigkeit ihrer Sportler ja unter Beweis stellen können! Die von Moskau vorgebrachten Gründe, nämlich die angebliche Besorgnis um die "Sicherheit der Sportler" sei lediglich ein Vorwand. In Wahrheit seien es zwei Gründe gewesen, die den Boykott motiviert hätten, nämlich die "Vergeltung für Moskau" und demonstrative Entrüstung gegenüber Reagan und seiner Politik. Im übrigen hatte man nicht den Eindruck, daß die chinesischen Funktionäre traurig über das Fernbleiben der Ostblocksportler waren; umso besser stand es ja um die eigenen Erfolgschancen. Im übrigen konnte der sowjetische Boykott eine neue Rekordbeteiligung nicht verhindern. Nicht weniger als 140 der 162 nationalen olympischen Komitees waren mit 6.700 Athleten am Start erschienen. Nur die Sowjetunion mit den ihr nahestehenden Ostblockstaaten sowie Libyen waren nicht erschienen. Im Gegensatz dazu waren den Olympischen Spielen in Moskau 1980 nicht weniger als 56 Nationen ferngeblieben.

Die chinesischen Sportler waren gut vorbereitet. Ausgangspunkt waren die XI. Asiatischen Spiele 1982 in Indien. Im Anschluß an dieses Ereignis wurde ein Corps von Spitzensportlern systematisch ausgebildet; eine Reihe von Sportlern nahm auch laufend an internationalen Wettbewerben teil; im Turnen und Wasserspringen wurden neue Techniken von hohem Schwierigkeitsgrad entwickelt. Auch auf das psychische Training wurde Wert gelegt. Weitere Anhaltspunkte boten die V. Nationalen Spiele im

September 1983 mit ihren Ausscheidungs- und Qualifikationswettbewerben. Seit April 1984 waren die Sportler für die Olympischen Spiele in Trainingslagern zusammengefaßt worden. Die Leichtathleten wurden in die USA, die Volleyballfrauenmannschaft ebenfalls in die USA und in die Sowjetunion und die Wasserspringer nach Südchina entsandt, um dort ihre Techniken zu verbessern.

China nahm nicht nur an den Sportwettbewerben, sondern auch an den Aufführungen für traditionelle Musik und Akrobatik teil, die am Rande der Olympischen Spiele in Los Angeles stattfanden.

Die Chinesen gingen diesmal von vornherein, wo immer möglich, auf Sieg aus. Vorbei sind die Zeiten, in denen Chinas Tischtennispieler auch schon einmal absichtlich verloren und dann erklärten, daß Freundschaft wichtiger sei als der Sieg. Die neue Interpretation lautet folgendermaßen: "Der Satz 'zuerst die Freundschaft, dann der Wettkampf' bedeutet nicht, daß man sich gegen den Sieg oder die Erriingung von Titeln in den internationalen Turnieren ausspricht. Wir befürworten lediglich, daß unsere Sportler Freundschaft schätzen, alle Regeln und Vorschriften des Wettkampfes beachten und einen guten Sportsgeist aufweisen. Wir wünschen auch, daß unsere Zuschauer höflich sind und sich sozial korrekt verhalten. Wettkämpfe können gegenseitige Verständigung und Freundschaft fördern. Wir behaupten, daß Sieg oder Niederlagen zweitrangige Bedeutungen haben, dagegen Freundschaft zwischen den Völkern dauerhaft ist und deshalb wertvoller sein sollte" (BRu 1982 Nr.10, S.3 f.).

Noch unter Mao Zedong wurde die Medaillenjagd als abartig und als bourgeoise Droge bezeichnet, die die Moral des sozialistischen Menschen vergifte. Sport diene als Basis für die Gesundheit des Volkes und damit letztlich auch wiederum für die nationale Aufbauleistung.

Inzwischen kümmert man sich um solche Aussagen kaum noch. Der Hochleistungssport - auch im Dienste der Erhöhung nationalen Ruhms -, ist voll anerkannt. China will sich daranmachen, seine Sportstätten systematisch auszubauen und den Hochleistungssport mit wissenschaftlichen Methoden zu fördern. Da das Land mit seiner 1 Mrd. Bevölkerung über sämtliche Menschentypen verfügt, kann auch kaum ein Zweifel daran bestehen, daß China in den nächsten Jahrzehnten mit zur führenden Sportnation wird. Bereits bei den oben erwähnten Asienspielen in Delhi

hatte China mit insgesamt 153 Medaillen, darunter 61 Goldmedaillen den bisherigen "Abonntenen auf Platz 1", Japan, hinter sich gelassen und war zur führenden Sportnation Asiens aufgestiegen - ein Meilenstein auf der Entwicklung zur Sportgroßmacht (Einzelheiten C.a., Jan.1983, Ü 1). Schon heute gibt es 2.600 Sporthochschulen und 12 Sportakademien im ganzen Land. Spitzensportler werden vom Staat systematisch gefördert und erhalten wesentlich höhere Monatslöhne als ein Durchschnittsarbeiter; viel wichtiger noch ist die Möglichkeit, häufig ins Ausland zu reisen - eine Gelegenheit, die dem Durchschnittschinesen verschlossen ist. Eine "Modernisierung" zeigt sich auch darin, daß die amerikanische Sportartikelfirma Nike mit dem chinesischen NOK einen Ausrüstervertrag geschlossen hat und dafür 2 Jahre lang 1 Mio.Dollar zahlt.

Was die zukünftige Sportpolitik anbelangt, so hat China bereits jetzt zwei Ziele ins Auge gefaßt, nämlich erstens die Teilnahme an den Olympischen Spielen 1988 in Seoul/Südkorea und die Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahre 2000.

Was den ersteren Punkt anbelangt, so hat China hier vor allem die nordkoreanischen Bedenken in glaubhafter Weise aus dem Wege zu räumen. Es hat auch schon einen brauchbaren Weg dafür aufgewiesen: Sein NOK will sich nämlich dafür einsetzen, daß die Teilnahme an den Olympischen Spielen in Zukunft für sämtliche Mitglieder des IOK zur Pflicht erklärt wird (XNA, 25.7.84). Das chinesische NOK werde sich jedenfalls strikt an die Olympic Charter halten; vor allem hofft man, daß der neue Vorschlag spätestens im Hinblick auf die Olympischen Spiele in Seoul Wirklichkeit geworden ist.

Was den zweiten Punkt anbelangt, so will China im Jahre 1990 die Asiatischen Spiele und im Jahre 2000 die Olympischen Spiele ausrichten. Zu diesem Zweck wird demnächst mit der Errichtung eines großzügigen Sportzentrums in Beijing begonnen, die es möglich macht, von 1990 an internationale Großveranstaltungen in der Hauptstadt durchzuführen. Außerdem sollen noch 6 weitere chinesische Städte moderne Sportanlagen erhalten, die auch internationale Wettbewerbe möglich machen.

Nach Angaben des chinesischen Sportministers Li Menghua betreiben gegenwärtig etwa 300 Mio. Chinesen regelmäßig Sport. Die Anstrengungen müßten sich von jetzt an hauptsächlich auf den Schulsport konzentrieren. Das Ziel

sei täglich 1 Stunde Sport.

Wie wenig schlagend übrigens das sowjetische Sicherheitsargument war, erfuhren die Chinesen nicht zuletzt in der Praxis: Die Sportdelegation habe in Los Angeles zwar - wie andere Nationalmannschaften auch - Briefe mit "Todesdrohungen" erhalten, doch seit der Ankunft am Olympiaort habe man weder entsprechende Briefe noch Telefonanrufe entgegennehmen müssen. Die chinesische Delegation sei zufrieden mit der Art und Weise, wie die amerikanischen Behörden das Sicherheitsproblem lösten. Ein Erlebnis eigener Art war für die chinesischen Athleten die ungewohnte kalifornisch-westliche Atmosphäre mit ihrem Unterhaltungswert und ihren manchmal pittoresken Auswüchsen. Nicht zuletzt wurde der chinesischen Delegation durch die örtliche Auslandschinesengemeinde Freundschaft, moralische Unterstützung und vor allem motivationserhöhender Beifall erwiesen. -we-

\* (5)

#### **Erste Auslandsvisite einer nicht-kommunistischen politischen Partei**

Ende Juni 1984 besuchte eine Delegation der Zhi Gongdang-Partei die Philippinen, Kanada und die USA.

Die aus zurückgekehrten Auslandschinesen bestehende Partei - eine der Acht Demokratischen Parteien Chinas - wurde 1925 von einer Gesellschaft der Überseechinesen in San Francisco/USA gegründet.

Die Delegation folgte den Einladungen der "Hongmen" auf den Philippinen, in Kanada und in den USA. Auf der Rückreise besuchte sie dann noch Hongkong und Macao.

Hongmen ist eine Organisation der Auslandschinesen in Südostasien und in Nordamerika. Die Zhi Gongdang in San Francisco war Ende des 19. und Anfang des 20. Jh.s die größte Hongmen-Organisation im Ausland, die u.a. zu der von Sun Yatsen geführten Revolution von 1911 ihren Beitrag leistete.

Kurze Zeit vor Abreise der Delegation hatte eine Tagung des Landeskomitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes stattgefunden, bei der die Witwe Zhou Enlais, Deng Yingzhao, betonte, daß auch solche Personen, die der KPCh nicht angehörten, dennoch als patriotisch anerkannt würden. Patrioten zeigten Engagement für die vier Modernisierungen und für die Wiedervereinigung Chinas. Viele ihrer Angehörigen seien kenntnis- und einflußreich und hätten umfassende gesellschaftliche Verbindungen und rei-

che politische Erfahrungen.

Solche Ausführungen verdeutlichen den Stellenwert, den die Reformer den nicht-kommunistischen Parteien neuerdings zugestehen: sie sollen ihnen immer noch vorhandenen Einfluß unter Auslandschinesen und anderen gesellschaftlichen Gruppen ausüben, um so Investitionen anzulocken oder zur Lösung der Taiwanfrage beizutragen.

Das in den acht Demokratischen Parteien vorhandene Potential ist in der Tat nicht zu unterschätzen, ist aber jahrzehntelang sträflich vernachlässigt worden. Im Namen des übergreifenden Patriotismus ist man jetzt also gesonnen, auch die hier vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen.

Die acht Demokratischen Parteien haben sich während der von der KPCh so genannten Neudemokratischen Revolution 1919-1945 herausgebildet und sich, wie es offiziell heißt, im Kampf gegen Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus, also gegen die drei Hauptfeinde des chinesischen Volkes, bewährt.

Die gesellschaftliche Basis dieser Parteien waren hauptsächlich die sog. Nationale Bourgeoisie, ferner die Oberschicht des städtischen Kleinbürgertums (samt ihren intellektuellen) sowie weitere patriotische Persönlichkeiten. Ihnen wird gemeinsam zugebilligt, daß sie im Antijapanischen Widerstandskrieg (1937-1945) und im "Befreiungskrieg" (1946-1949) am Widerstand gegen die Japaner und am demokratischen Kampf teilnahmen. Am 1. Mai 1948 folgten sie dem Appell der KPCh zum Beitritt in eine Politische Konsultativkonferenz, die ihrerseits eine neudemokratische Koalitionsregierung bilden sollte. Diesem Aufruf folgten, wie gesagt, die acht Parteien. Andere optierten für die Guomindang und gerieten bald ins politische Abseits. Zum Teil hatten sich die acht Parteien sogar im Widerstand gegen die Guomindang herausgebildet, so z.B. das Revolutionäre Komitee der chinesischen GMD. Andere Parteien etablierten sich zu Wiedervereinigungszwecken: Die bereits erwähnte Zhi Gongdang beispielsweise formierte sich aus Überseechinesen, die Demokratische Selbstbestimmungsliga aus Taiwan. Durch ihren Beitritt zur Politischen Konsultativkonferenz und durch die Annahme eines Gemeinsamen Programms bei der ersten Plenartagung dieser Konferenz von 1945 wurden sie im wesentlichen gleichgeschaltet und zu bloßen Transmissionsinstrumenten und Handlangern der KPCh herabgewürdigt. Die Gesellschaft für den Demokratischen Aufbau, die haupt-

sächlich aus Industriellen und Kaufleuten bestand, trug beispielsweise, wie die KPCh später rühmend hervorhob, zu einem relativ reibungslosen Verlauf der Industrie-Sozialisierung bei. Die Allchinesische Vereinigung der Industriellen und Kaufleute spielten ebenfalls eine aktive Rolle bei der sozialen Umgestaltung: ihre Mitglieder zogen jubelnd durch die Straßen, als ihre Betriebe verstaatlicht wurden. Einige Parteivorsitzende erhielten ihren Posten, u.a. im Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses. Einer brachte es sogar zum Gouverneur der Provinz Zhejiang. Im übrigen aber blieben sie ohne Einfluß, um 1966 überhaupt von der politischen Bühne gefegt zu werden. Einer der Spitzenfunktionäre der Demokratischen Liga Chinas, Wu Han, der auch als geistreicher Kritiker der maoistischen Politik hervorgetreten war, wurde ins Gefängnis geworfen und zu Tode gefoltert. Überhaupt mußten die Spitzenfunktionäre der acht Demokratischen Parteien während der Kulturrevolution Schlimmes über sich ergehen lassen. Seit 1976 wurden die Acht wieder etabliert. Vor allem im Rahmen des Modernisierungskurses erkannte man ihren Nutzen; und außerdem glaubt man, ihnen für das Erlittene einen gewissen Ausgleich schuldig zu sein. In Zukunft wird es vermutlich noch zahlreiche Delegationen ähnlicher Art wie die der Zhi Gongdang geben.

Von den 3.471 Delegierten des V.VNK sind 238 (=6,9%) von den Demokratischen Parteien abgestellt. Die Mitglieder der acht Demokratischen Parteien sind seit Beginn der Kulturrevolution nicht jünger geworden.

Die Mitglieder des "Revolutionären Komitees der chinesischen GMD" haben z.B. ein Durchschnittsalter von inzwischen 74 Jahren. Ihre Aufgabe ist es, immer wieder an die Verwandten und Freunde in Taiwan in Sachen Wiedervereinigung zu appellieren.

Der Vorsitzende der "Gesellschaft für den Demokratischen Aufbau Chinas", Hu Juewen, ist inzwischen 88 Jahre alt. Seine Gesellschaft hat die Funktion, vor allem über den Tianjian-Kanal ausländische Geldmittel einzuwerben.

Auch die Vorsitzenden der anderen Parteien (Demokratische Liga Chinas, Gesellschaft für die Förderung der Demokratie Chinas, Demokratische Partei der Bauern und Arbeiter Chinas, Jiusan-Gesellschaft, Demokratische Selbstbestimmungsliga Taiwans sowie die Vereinigung der Intellektuellen und Kaufleute) haben an ihrer

Spitze fast ausnahmslos Personen, die das achtzigste Lebensjahr überschritten haben. Der Delegationsleiter der eingangs erwähnten Zhi Gongdang, Huang Dingchen, ist 83 Jahre alt. Frage: Werden diese Parteien einfach physisch hinwegsterben oder will die KPCh hier ebenfalls für eine Verjüngung sorgen? Junge Mitglieder freilich bringen wenig, da sie keine Verbindungen zum Ausland und nach Taiwan mehr haben. Hat der Mohr noch seine letzte Schuldigkeit zu tun, ehe er abtritt? -we-

\*(6)

#### Der Chamäleonscharakter der Friedlichen Koexistenz

Am 28. Juni 1954 wurden die "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" (gegenseitige Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität; gegenseitiger Nichtangriff; Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten; Gleichheit und gegenseitiger Nutzen; friedliches Nebeneinander) zum ersten Mal in einem formellen Kommuniqué aufgenommen, das zwischen China und Indien ausgearbeitet worden war. In den "10 Prinzipien" von Bandury (1955) waren die Fünf Prinzipien mitenthalten.

Lange Zeit war der Inhalt dessen was unter "Fr. K." zu verstehen sei, höchst umstritten. Bei der berühmten Ideologie-Kontroverse zwischen Beijing und Moskau setzte sich das Pekinger ZK unter dem Titel "Zwei völlig entgegengesetzte Arten der Politik der Fr. K." (6. Kommentar vom 12.12.1963), unzweideutig mit der "revisionistischen" Auffassung der KPdSU (damals unter Chruschtschow) auseinander und elaborierte "drei prinzipielle Differenzen":

- Gegenüber dem "Imperialismus und den bürgerlichen Reaktionären" bestehe der Inhalt der Fr. K. im Kampf. Fr. K. war mit anderen Worten nichts anderes als eine spezifische Form des Klassenkampfes auf Leben und Tod; die Sowjetunion dagegen wolle aus Feigheit auf den "Kampf" verzichten.

- Die KPdSU behaupte, daß die Fr. K. zur Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten werden müsse. Dies sei falsch: Zwischen den sozialistischen Staaten sei vielmehr proletarischer Internationalismus, gegenüber Staaten der Dritten Welt materiell wirksame Unterstützung in ihrem Befreiungskampf und - lediglich gegenüber kapitalistischen Staaten "Fr. K." zu üben - und zwar in der oben angedeuteten kämpferischen Form.

- "Fr. K." darf sich ferner nur auf die Beziehungen zwischen sol-

chen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen erstrecken, die wirklich unabhängig und souverän sind. Unterdrückte Nationen und "Massen" könnten dagegen unmöglich "Fr. K." gegenüber ihren Unterdrückern üben, sondern müßten zu allen kämpferischen Mitteln, am besten zum Befreiungskrieg als der "höchsten Form der Revolution" greifen; die KPdSU dagegen müde den unterdrückten Nationen ebenfalls eine Politik der Fr. K. zu - und entspreche damit den Bedürfnissen des US-Imperialismus.

Man sollte diese drei Forderungen, die inzwischen 21 Jahre alt sind, stets im Auge behalten, wenn man über "Geradlinigkeit" oder "Zickzack" der chinesischen Außenpolitik urteilen will.

Im Jahre 1984 klingt die offizielle Interpretation ganz anders - ja deckt sich Stück für Stück mit der Interpretation Chruschtschows von 1963. Heute werden die fünf Prinzipien als durchgehendes und universelles Instrumentarium betrachtet, das sowohl gegenüber sozialistischen Staaten als auch gegenüber Ländern der Dritten Welt und gegenüber den kapitalistischen Ländern sowieso Anwendung findet.

Außerdem geht es bei "Fr. K." um Wahrung des Friedens und nicht nur um eine besondere Form des Klassenkampfes, dem das Neue China nach innen und außen abgeschworen hat. Fr. K. ist vor allem von den Ländern der Dritten Welt einzuhalten, die für ihren Aufbau eine friedliche Umwelt brauchen.

Wenn es nach alledem in einem Jubiläumsartikel heißt, daß "China... sich unaufhörlich in den dreißig Jahren an die fünf Prinzipien gehalten hat" (XNA, 19.7.84), so ist dies eine Aussage, die sich offensichtlich nur auf das verbale Erscheinungsbild der chinesischen Außenpolitik bezogen hat; vor allem einige südostasiatische Staaten wie Birma, Malaysia, Thailand und die Philippinen dürften kaum vergessen haben, daß China jahrzehntelang die Untergrundbewegungen in ihren Ländern mit Waffen, Kommunikationsmitteln, Ausbildung und Geld unterstützt, zum Aufbau von Volksarmeen sowie befreiten Stützpunktgebieten aufgerufen und zum Sturz der "reaktionären Regierungen" aufgefordert hat. War dies etwa keine Einmischung in innere Angelegenheiten? Oder ist die Einmischung dadurch zu einer Nichteinmischung geworden, daß solche subversive Akte nicht von Staats- sondern von Parteiorganen gesteuert waren? Und läßt sich dabei der Kontext zwischen Partei- und Regierungsorganen einfach hinwegleugnen?

Andererseits kann man den Chinesen zugute halten, daß sie, sieht man einmal von Tibet ab, keinen Zoll fremden Boden besetzt und im Ausland auch keine Truppen stationiert halten - ganz im Gegensatz zu den Sowjets (Afghanistan, Indochina); freilich wird den Chinesen umgekehrt von Seiten Vietnams vorgeworfen, sie unterhielten Truppen in Kambodscha.

Was sind die wesentlichen Kriterien für die "Fr. K." nach heutiger Interpretation?

- Da ist zunächst das Postulat, daß die fünf Prinzipien "allgemeine Grundsätze für die Behandlung der Beziehungen zwischen sämtlichen Ländern" seien (RMRB, 18.7.84). Die frühere Beschränkung auf das Verhältnis zwischen souveränen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen trifft also nicht mehr zu.

- Desweiteren beziehen sich die fünf Prinzipien nicht nur auf politische, sondern auch auf wirtschaftliche Beziehungen - vor allem die Neue Weltwirtschaftsordnung kommt hier auf das Tapet.

- "Fr. K." ist schließlich nicht mehr eine besondere Form des Klassenkampfes, sondern nur noch die Kehrseite der "alten internationalen Ordnung", die angeblich gekennzeichnet war durch militärische Bedrohung, politische Erpressung, ja sogar direkte militärische Intervention und durch ökonomischen Druck - alles mit dem Ziel ausgeübt, die Welt zu beherrschen. Friedliche Koexistenz ist also m.a.W. das genaue Gegenteil von Hegemonismus, d.h. prinzipieller Mißachtung der Souveränität und territorialen Integrität, prinzipieller Aggression, prinzipieller Einmischung, prinzipieller Nicht-Anerkennung von Gleichheit und der Verwendung des Kriegs als eines Mittels der Politik (in diesem Sinne XNA, 19.7.84). Typische Beispiele für einen solchen die Fr. K. mißachtenden Hegemonismus seien die sowjetische Afghanistan-, die vietnamesische Laos- und Kambodscha-, die amerikanische Grenada- und überhaupt Zentralamerika- und die israelische Libanonpolitik. Auch der Versuch, "Einflußsphären" zu schaffen, laufe auf Verletzung der Fr. K. hinaus (RMRB, 18.7.84) - hier wird sich China allerdings in den nächsten Jahren vermutlich noch häufig besorgten Fragen seiner südostasiatischen Nachbarn stellen müssen.

Obwohl China immer wieder die Universalität der Fr. K. betont, verfolgt es den Staaten der dritten Welt gegenüber doch noch eine zusätzliche Politik, die während

der Afrika-Reise Zhao Ziyangs im Dezember 1982 unter dem Schlagwort der "Vier Prinzipien" vorgestellt wurde: "Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil, Bevorzugung praktischer Resultate, Entwicklung vielfältiger Formen und Gemeinsamkeit der Entwicklung". Wie sind die fünf und die vier Prinzipien unter einen Hut zu bringen? Die Antwort: Die ganze Welt ist heute mit zwei hervorstechenden Fragen konfrontiert, nämlich nach der Wahrung des Friedens und nach der Förderung der Entwicklung (so Zhao Ziyang am 18.7. anlässlich des 30. Jahrestages der fünf Prinzipien).

Als praktische Ergebnisse seiner Fr. K.-Politik hebt China folgende Punkte hervor: Lösung von Grenzstreitigkeiten mit Nachbarstaaten, Vollendung von 1.000 großen, mittleren und kleinen Projekten in fast 80 Ländern der Erde mit chinesischer finanzieller, wissenschaftlicher und technologischer Hilfe (zwischen 1979 und 1982 wurden 860 Kontrakte mit 40 Entwicklungsländern abgeschlossen (XNA, 14.6.84)); Minimierung der Differenzen und Maximierung der Gemeinsamkeiten im Verhältnis zu entwickelten Ländern und Wahrung friedlicher Beziehungen zu den sozialistischen Ländern (RMRB, 18.7.84). Vier Ländergruppen (Nachbar-, Drittwelt-, Industrie- und sozialistische Staaten) werden hier also bezeichnenderweise unterschieden.

Gegenüber den Ländern der dritten Welt hat sich der Akzent also auf den "gegenseitigen Vorteil" verlagert, wobei zu bedenken ist, daß Friedenserhaltung und Entwicklung in einem engen Zusammenhang stehen (XNA, 19.7.84). Fr. K. wird deshalb auch als Zusammenarbeit und Hilfe für die dritte Welt interpretiert (XNA, 16.7.84). Fr. K. wendet sich auch gegen den Rüstungswettlauf (XNA, 16.4.84).

Auch die Vereinbarung im Shanghai Kommuniqué von 1972, im Kommuniqué über die Aufnahme der chinesisch-amerikanischen diplomatischen Beziehungen von 1979 und im chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrag von 1978 entsprechen nach chinesischer Auffassung der Politik der Fr. K.

Krieg ist kein legales Mittel mehr; das "Gesetz des Dschungels" darf nicht mehr in den internationalen Beziehungen vorherrschen.

Die fünf Prinzipien bilden ein organisches Ganzes, greifen ineinander und dürfen nicht voneinander getrennt oder selektiv verwendet werden. Abrüstung und Neue Weltwirtschaftsordnung gehören also eng zusammen. Die neue Ordnung der

friedlichen Koexistenz mit ihrer Nicht-Anerkennung des Kriegs als eines legalen Mittels und des "Dschungelgesetzes" in den internationalen Beziehungen verhält sich - im politischen Bereich - zur alten Ordnung genauso, wie - im wirtschaftlichen Bereich - die Neue zur Alten Weltwirtschaftsordnung.

Die fünf Prinzipien sind zum Hauptkriterium für die Unterscheidung zwischen Recht und Unrecht, zwischen Richtig und Falsch sowie zwischen Töricht und Vernünftig in den internationalen Beziehungen geworden. Man lege diese Meßlatte doch einmal an die Afghanistan-Frage, an das Kambodscha-Problem oder aber an die Mittelamerikapolitik der USA an - und schon sei man im Besitz klarer Lösungen! Ebenso beurteile man, ob die drei Bedingungen, die China der Sowjetunion als Voraussetzung für die Normalisierung der bilateralen Beziehungen stelle (Truppenabzug, Kambodscha-Frage, Rückzug aus Afghanistan) gerecht oder ungerecht sind (XNA, 28.4.84).

Höchst restriktiv wird von den Chinesen der Begriff "Einmischung" ausgelegt. Am 17.5.1984 wehrte sich China auf einer Sitzung der Menschenrechtskommission des Sozialausschusses des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO (ECOSOC) dagegen, daß der sog. "Schutz der Menschenrechte" als Vorwand für eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder verwendet werde. Die UNO-Menschenrechtskommission möge, bevor sie voreilig Deklarationen über Menschenrechtsverletzungen abgebe, zuerst die Ansichten der Mitgliedsstaaten der Kommission einschließlich derer des betroffenen Landes einholen! (XNA, 17.5.84)

Es entspricht den fünf Prinzipien, wenn China eine "unabhängige und selbständige" Außenpolitik betreibt. "Unabhängigkeit" bedeutet, daß China von keiner großen Macht, von keinem starken Block abhängig ist. Es werde sich nie irgendeinem fremden Druck unterwerfen, und pflege unabhängig und selbständig seine Beziehungen zu anderen Staaten" (XNA, 16.7.84). China wolle auch keine Rolle in einem "großen Dreieck" spielen, es wolle ferner weder die USA noch die Sowjetunion als "Karte" benutzen; es lasse seine Außenpolitik auch nicht vom Gesichtspunkt der "Äquidistanz" oder der "Evenhandedness" bestimmen; denn man könne in der praktischen Politik nun einmal nicht in ewig gleicher Distanz zur einen oder anderen Macht stehen; schließlich wolle China auch nie einer Allianz beitreten, - und zwar deshalb nicht, weil es eben diese Unabhängigkeit und "Objek-

tivität" nicht verlieren wolle; auch die Länder der dritten Welt würden den Eintritt Chinas in eine Allianz mit der einen oder anderen Macht kaum billigen. Vielmehr wünschten sie, daß China eine unabhängige Kraft im Kampf gegen den "Supermachtgeheimismus" bleibt (XNA, 16.7.84). Kampf gegen den Hegemonismus aber stärke die friedliche Koexistenz! Das Wesen der unabhängigen Außenpolitik Chinas sei Nichteinmischung, jedoch nicht "Äquidistanz" (XNA, 12.7.84). -we-

\*(7)

#### Neues Zentrum für den internationalen Kulturaustausch

China verfügt bereits über eine Reihe von Organisationen, für den internationalen Kulturaustausch, u.a. über das PEN-Zentrum, über das Landeskomitee für Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturorganisation und das Komitee für Kulturaustausch mit dem Ausland. Am 5. Juli 1984 wurde nun zusätzlich ein Zentrum für internationalen Kulturaustausch als - offiziell - regierungsunabhängige Organisation ins Leben gerufen. Diese Organisation wurde deshalb als "unabhängige" Einrichtung aufgezogen, weil sie nicht von der Regierung unterhalten, sondern vielmehr mit Spenden finanziert werden soll, die aus dem Ausland einzuwerben sind.

Es ist geplant, ab Juli 1984 innerhalb von 3 Jahren in Beijing ein Bauwerk als Zentrum der neuen Organisation zu errichten, das u.a. ein Theater mit 1.500 Sitzplätzen, einen Symposiumssaal mit 700 Plätzen, 6 Ausstellungshallen, Gästezimmer, Schreibstuben, Restaurants für verschiedene Spezialitäten und andere öffentliche Servicestationen umfassen soll.

Auch die im Kulturbereich aktiven chinesischen Massenorganisationen, wie z.B. die Allchinesische Journalistenvereinigung sollen sich an der Arbeit des Zentrums beteiligen.

Das Zentrum soll eine Art Sammelplatz für Theater, Konzertaufführungen, Ausstellungen, Foren und Diskussionen werden.

Sollten also beispielsweise die Berliner Philharmoniker ein zweites Mal nach China kommen, so müssen sie in keinem provisorisch hergerichteten und akustisch ungünstigen Raum mehr auftreten, sondern finden Bedingungen vor, die ihren Ansprüchen - wahrscheinlich - adäquat sind.

Das Zentrum folgt u.a. dem Aufruf "Mehr Freunde im Ausland!" -we-

\*(8)

#### Wie China verhandelt - exemplifiziert an den chinesisch-britischen Hongkong-Gesprächen

Richard Solomon, der von 1971 bis 1976 als Mitglied des US National Security Council an mehreren Verhandlungen mit Beijing beteiligt war, der zahlreiche Monographien über China verfaßt hat und heute das RAND-Forschungsprogramm über internationale Sicherheitspolitik leitet, stellt in einer Analyse Einzelheiten über den chinesischen Verhandlungsstil vor, auf den neuerdings auch die Briten wieder "hereingefallen" seien.

- Chinesische Unterhändler sind nach Solomons Feststellungen grundsätzlich gegen unpersönliche "legalistische Verhandlungen" eingestellt; stattdessen suchen sie stets das persönliche Gespräch, in dessen Verlauf sie freundschaftliche oder Schuldgefühle für ihren Verhandlungszweck auszunutzen versuchen.

Im Zusammenhang mit den Hongkong-Verhandlungen ließe sie sich deshalb von vornherein nicht auf die von der Thatcher-Regierung betriebene "legalistische" Verhandlungsweise ein, sondern mobilisierten in ihren Gesprächen die "freundschaftlichen" Gefühle des britischen Botschaftspersonals und gleichzeitig jene Schuldgefühle, die in Großbritannien immer noch im Hinblick auf die "Opiumkriege-Vergangenheit" bestehen.

- Chinesische Unterhändler versuchen ihre Verhandlungsposition dadurch zu stärken, daß sie von Anfang an bestimmte allgemeine "Prinzipien" durchsetzen, die später immer wieder hartnäckig betont werden.

Auch bei den Verhandlungen mit London konnten die Chinesen 2 "Prinzipien" durchsetzen, nämlich die Rückgewinnung der Souveränität über Hongkong am 1. Juli 1997 und das Zugeständnis, daß auch die Administrativgewalt zu diesem Zeitpunkt an China falle. Beide Zugeständnisse wurden in Briefen der britischen Premierministerin an Zhao Ziyang gemacht.

- Der chinesische Unterhändler hat stets auf Fraktionsstreitigkeiten in seiner Führung Rücksicht zu nehmen und weicht seine Verhandlungspartner mit Hilfe von ungenügenden Andeutungen und unter Zuhilfenahme von Symbolen in sein Dilemma ein.

Auch die Briten wurden auf Dengs Schwierigkeiten mit den Dogmatikern in der Hongkong-Frage hingewiesen - und auf diese Weise ein weiteres Stück "aufgeweicht".

- Die chinesische Diplomatie bevorzugt Verhandlungen auf chinesischem Territorium und bedient sich dabei des heimischen Kommunikationsapparates als Hilfsmittel.

Auch die "1997er" Gespräche finden in Beijing statt. Während die Briten sich hier vornehm zurückzuhalten pflegen, geben die Chinesen Pressekonferenzen und liefern Informationen, die in der Hongkong-Presse getreu nachgedruckt werden.

- Die Chinesen schalten gerne Zwischenträger ein, um dem Verhandlungspartner Positionshinweise zu geben.

Unter anderem bedienten sie sich des früheren Ministerpräsidenten Edward Heath in diesem Sinne auch während der Hongkong-Verhandlungen.

- Die chinesische Seite versucht ferner den Verhandlungspartner in eine Art Bittstellerposition zu bringen; gemäß diesem Schema hatte dann beispielsweise Nixon 1971 um einen Termin in Beijing gebeten - und nicht etwa Zhou Enlai vorher eine Einladung an Nixon ausgesprochen!

Auch bei den Hongkong-Verhandlungen verstanden es die chinesischen Unterhändler die britischen Partner stets als Bittsteller erscheinen zu lassen, denen kein Recht auf irgendwelche Vorbedingungen zustehe.

- Gerne werden auch innenpolitische Rivalen gegeneinander ausgespielt, z.B. die Nationalen Sicherheitsberater gegen die Staatssekretäre des Äußeren, also Henry Schlesinger gegen Kissinger, Zbigniew Brzezinski gegen Cyrus Vance und entsprechend Richard Allen gegen Alexander Haig.

In ähnlicher Weise verstanden sie es, Hongkonger "Patrioten" gegen die britische Verwaltung in Hongkong auszuspielen.

- Eine weitere Verhandlungstaktik ist die Anwendung von Zeitdruck auf den gegnerischen Unterhändler.

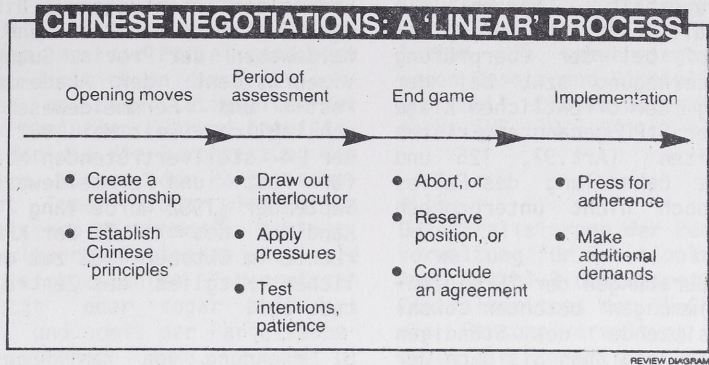
Bei den Hongkong-Verhandlungen deuteten die Chinesen den britischen Unterhändlern gegenüber an, daß, falls bis September 1983 kein prinzipielles Einverständnis erzielt sei, China sich gezwungen sehe, nach eigenen Vorstellungen zu handeln.

- Ist der Gegner mit all diesen Methoden "ausgelotet" worden, so entscheidet sich, ob es sinnvoll ist, die bisherige Verhandlungsposition beizubehalten oder sie zu ändern oder aber - in oft schon

kurzer Zeit - ein Abkommen zu schließen. Manchmal werden in dieser Phase "Prinzipien", die vorher wochenlang erstritten worden waren, innerhalb weniger Stunden über Bord gestoßen, falls chinesische Verhandlungspartner sich dadurch einen schnellen und effektiven Abschluß in ihrem Sinne erhoffen dürfen.

Auch in der Durchführungsphase kommt es immer wieder zu Gegenvorstellungen und Nachverhandlungen. Die Einzelheiten sind im nachfolgenden Schema wiedergegeben.

Schema:



Die wichtigste Schlußfolgerung, die sich aus diesen Erkenntnissen ziehen lassen, lautet: Du mußt von Anfang an wissen, was du willst. Zunehmende Kompromißbereitschaft und ständige Positionsverschiebungen zeigen dem chinesischen Unterhändler, daß der Verhandlungspartner noch zu keinem endgültigen Schluß gekommen ist. (FEER, 21.6.1984, S.44 f.) -we-

**INNENPOLITIK**

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

\*(11)  
**6.Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI.NVK: 3 neue Minister und Ergänzungen zur Strafprozeßordnung**

Der Ständige Ausschuß des VI.Nationalen Volkskongresses trat vom 4. bis 7.Juli 1984 in Beijing zu seiner 6.Sitzung zusammen. Die wichtigsten Beschlüsse waren die Ernennung von drei neuen Ministern und die Verabschiedung von Ergänzungen zur Strafprozeßordnung in der Frage der Fristen der Behandlung von Straftaten. Im einzelnen faßte das ständige Parlamentsorgan der Volksrepublik China folgende Beschlüsse:

1. Die "Ergänzenden Bestimmungen über die Fristen der Behandlung von Straftaten" sehen in Sonderfällen eine Verlängerung der Fristen für die Untersuchungshaft und für die Behandlung von öffentlichen Klagen, Berufungen und Protesten von maximal 2 Monaten bzw. 1 Monat vor. Was auf den ersten Blick als eine Verschärfung des geltenden Rechts anmutet, stellt sich jedoch bei näherem Hinsehen als eine Verbesserung der Position der Beschuldigten dar. Formal bis Ende 1983 - de facto aber wahrscheinlich bis dato - waren Sonderregelungen in Kraft, die es unter bestimmten Voraussetzungen erlaubten, die StPO-Fristen zeitlich unbegrenzt zu überschreiten (siehe C.a., Feb.1980, Ü 13; C.a., Sep.1981, S.602). Mit der Verabschiedung der "Ergänzenden Bestimmungen", die am Tag ihrer Verkündung am 7.Juli 1984 in Kraft traten, wird der Verlängerung der StPO-Fristen nicht nur eine zeitliche Obergrenze gesetzt - auch ihr Anwendungsbereich wurde weiter eingegrenzt. Die wichtigsten der "Ergänzenden Bestimmungen" können in 4 Punkten zusammengefaßt werden:

schuldigten im Zuge der Ermittlungen verhängten Untersuchungshaft kann mit Zustimmung oder auf Beschluß der Staatsanwaltschaften auf Provinzebene um maximal 2 Monate verlängert werden, wenn

- Fälle von schwerer Bandenkriminalität,
- schwere und komplizierte Straftaten von flüchtigen Kriminellen oder
- schwere und komplizierte Straftaten, die in abgelegenen und verkehrsmäßig extrem ungünstigen Gebieten begangen wurden,

nicht innerhalb der in der Strafprozeßordnung festgesetzten Fristen (von 2 bzw. 3 Monaten; siehe StPO, Art.92, Abs.1, in: C.a., Sep.1979, S.998) behandelt werden können. In diesen Fällen können die Fristen für die Behandlung von Klagen bzw. Berufungen in der 1. und 2.Instanz (1 bzw. 1 1/2 Monate; siehe StPO, Art.125 und 142, in: op. cit., S.1005 und S.1007) mit Zustimmung oder auf Beschluß der Höheren Volksgerichtshöfe auf Provinzebene um maximal 1 Monat verlängert werden.

- Stellt sich im Verlauf der Ermittlungen heraus, daß der Beschuldigte noch weitere, schwerwiegende Straftaten begangen hat, können mit Genehmigung oder auf Beschluß der Staatsanwaltschaft weitere Ermittlungen aufgenommen und die Frist für die Untersuchungshaft neu berechnet (d.h. entsprechend verlängert) werden.

- Beschuldigte, die im Rahmen ihres Verfahrens in Haft sind und deren Verfahren nicht innerhalb der in der Strafprozeßordnung festgelegten Fristen abgeschlossen werden können, können gegen Kautionsleistung oder gegen Beaufsichtigung am Wohnsitz (jianshi juzhu) auf freien Fuß gesetzt werden, insofern dies keine Gefahr für die Gesellschaft darstellt. Die Dauer der Freilassung gegen Kautionsleistung oder Beaufsichtigung am Wohnsitz wird zwar nicht auf die in der StPO genannten Verfahrensfristen angerechnet, darf jedoch auch nicht zur Unterbrechung des Verfahrens führen.

\*(9)  
**Ankündigung bevorstehender politischer Ereignisse durch Xinhua**

Am 29.Juni begann Xinhua mit dem Abdruck eines neuen Features, der von jetzt an jeden Freitag wiederholt werden soll, nämlich des Terminplans für "wichtige politische Ereignisse" (XNA, 30.6.84). Für die Woche vom 1.-8.Juli wurde u.a. angekündigt: 1.Juli: Neuer westdeutscher Präsident von Weizsäcker leistet den Amtseid, 2.Juli: Der britische Außenminister Howe beginnt eine 2-Tagesvisite in die Sowjetunion, 2.-6.Juli: Der griechische Premierminister besucht die CSSR und die DDR, 4.-8.Juli: Der westdeutsche Kanzler Helmut Kohl besucht Argentinien, 7.-8.Juli: Der amerikanische Außensekretär George Shultz besucht Hong Kong usw. -we-

\*(10)  
**Wieder Salutschüsse**

Seit Anfang März 1984 hat die chinesische Regierung die Praxis des Salutschießens wieder aufgenommen. Beim Besuch eines Staatsoberhauptes werden 21 Schuß, beim Besuch eines Regierungschefs 19 Schuß abgegeben. Diese Praxis hatte bereits zwischen 1961 und 1966 bestanden (XNA, 16.4.1984). we-

- Die Dauer der gegen einen Be-